

Niederschrift  
über die 6. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung  
am 07.02.2022 in Köln, Horion-Haus  
- öffentlicher Teil -

**Anwesend vom Gremium:**

**CDU**

Boss, Frank (MdL)  
Cöllen, Heiner  
Henk-Hollstein, Anne  
Hermes, Achim  
Dr. Schlieben, Nils Helge  
Schönberger, Frank  
Stieber, Andreas-Paul  
Wehler, Jürgen

für Kretschmer, Gabriele  
für Petruschke, Hans-Jürgen  
für Anders, Patrick

**SPD**

Bozkir, Timur  
Brodrick, Helmut  
Cirener, Thomas  
Joebges, Heinz  
Schmitz, Hans  
Wucherpennig, Brigitte

Vorsitzender

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Beu, Rolf Gerd  
Bortlitz-Dickhoff, Johannes  
Klemm, Ralf  
Peters, Anna  
Rickes, Roland

für Ernst, Sandra

**FDP**

Effertz, Lars Oliver  
Runkler, Hans-Otto

**AfD**

Matzerath, Markus

**Die Linke.**

Basten, Larissa

**Die FRAKTION**

König, Simon

**Gruppe FREIE WÄHLER**

Bayer, Udo

**Fraktionsgeschäftsstellen**

Kossen, Wilfried

Die Linke.

**Verwaltung:**

Limbach, Reiner  
Pagenkopf, Ralf  
Brinkmann, Sabine  
Beuel, Stefan (Protokoll)

Erster Landesrat  
Leiter LVR-FB 12  
Leiterin Stab GGM  
OE 10.10

Loosen, Dominik  
Schneider, Sandy

GPR  
persönliche Referentin ELR

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

### Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 5. Sitzung vom 06.12.2021
3. Anfragen und Anträge
4. Einführung eines Vertragsmanagementsystems (VerMaS) **15/787 K**
5. Kurzauswertung des Koalitionsvertrages auf der Bundesebene zu den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Rente und öffentliche Verwaltung **15/795 K**
6. Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie - aktueller Sachstand
7. Beschlusskontrolle
8. Verschiedenes

### Nichtöffentliche Sitzung

9. Niederschrift über die 5. Sitzung vom 06.12.2021
10. Anfragen und Anträge
11. Personalmaßnahmen
- 11.1. Personalmaßnahmen **15/782 B**  
hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung
- 11.2. Personalmaßnahmen **15/785 E**  
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses
12. Beschlusskontrolle
13. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr  
Ende öffentlicher Teil: 10:05 Uhr  
Ende nichtöffentlicher Teil: 10:15 Uhr  
Ende der Sitzung: 10:15 Uhr

## **Öffentliche Sitzung**

### **Punkt 1**

#### **Anerkennung der Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

### **Punkt 2**

#### **Niederschrift über die 5. Sitzung vom 06.12.2021**

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

### **Punkt 3**

#### **Anfragen und Anträge**

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

### **Punkt 4**

#### **Einführung eines Vertragsmanagementssystems (VerMaS)**

##### **Vorlage Nr. 15/787**

**Herr Limbach** erklärt, dass Standardisierung und Rechtssicherheit die beiden wesentlichen Faktoren für die Einführung eines VerMaS seien. Damit im Bereich des Dezernates 9 zu beginnen, sei den dezentralen Strukturen und dem Umstand geschuldet, dass dort ein relativ hohes Vertragsaufkommen bestehe. Mittelfristig solle, auch nach der in der Vorlage beschriebenen Ausweitung auf andere Bereiche der Verwaltung, eine Reduzierung der rechtlichen Unsicherheiten erreicht werden. Herr Limbach weist darauf hin, dass die Vorlage als Ergänzungsvorlage auch dem Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität zur Kenntnis gegeben werde.

"Der Ausschuss nimmt die Vorlage Nr. 15/787 zum Thema "Einführung eines Vertragsmanagementssystems (VerMaS)" zur Kenntnis."

### **Punkt 5**

#### **Kurzauswertung des Koalitionsvertrages auf der Bundesebene zu den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Rente und öffentliche Verwaltung**

##### **Vorlage Nr. 15/795**

**Herr Limbach** verweist beispielhaft auf das Thema "Erhöhung des Mindestlohns", das den LVR mittelbar beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen betreffen könne und erklärt, dass erste Gesetzesvorhaben zu diesem Thema bereits anhängig seien.

"Die Vorlage Nr. 15/795 zum Thema "Kurzauswertung des Koalitionsvertrages auf der Bundesebene zu den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Rente und öffentliche Verwaltung" wird zur Kenntnis genommen."

## **Punkt 6**

### **Arbeiten im LVR während und nach der Corona-Pandemie - aktueller Sachstand**

Im Rahmen seines mündlichen Berichts zum aktuellen Sachstand geht **Herr Limbach** auf den Stand der Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat zur Dienstvereinbarung zum Mobilien Arbeiten ein, die kurz vor dem Abschluss stünden. In diese Dienstvereinbarung sei eine Weiterentwicklung der bisherigen Heim- und Telearbeit unter Einbeziehung der Erfahrungswerte im Verlauf der Pandemie eingeflossen. Künftig solle ein Anteil von bis zu 80 % der Arbeitszeit außerhalb des residenziellen Arbeitens im Büro erbracht werden können. Die Dienstvereinbarung regle die Fragen der Bewilligung, der Durchführung sowie der technischen Ausstattung des mobilen Arbeitens. Herr Limbach erklärt, dass beide Vereinbarungspartner die Praxiserfahrungen gemeinsam eng begleiten würden und davon ausgingen, eine zeitgemäße Weiterentwicklung getroffen zu haben.

Weiterhin weist er darauf hin, dass die aktuelle Anwesenheitsquote in der Zentralverwaltung in Zeiten des prioritären Arbeitens im Homeoffice bei rund 24% liege. Besprechungen mit mehr als drei Personen würden in der Regel digital durchgeführt.

Herr Limbach berichtet, dass mit dem letzten Statusbericht vom 02.02.2022 insgesamt 507 infizierte Mitarbeiter\*innen dokumentiert worden seien. Gegenüber der Vorwoche bedeute dies eine Steigerung um 174 Fälle. Somit sei die Dynamik der Omikronwelle auch im LVR angekommen. Erfreulicherweise seien die meisten Krankheitsverläufe asymptomatisch oder mit geringen Symptomen verbunden. Allerdings habe man in der vorletzten Woche hier in der Zentralverwaltung einen weiteren Todesfall zu verzeichnen. Damit steige die Zahl LVR-weit seit Beginn der Pandemie auf drei Todesfälle an. Den Lageberichten des MAGS zufolge sei der Scheitelpunkt der Omikronwelle erreicht, damit etwas früher als prognostiziert.

Herr Limbach führt aus, dass der LVR im Januar seine Mitarbeitenden erneut eine Impfung, im Regelfall die Booster-Impfung, an mehreren Standorten angeboten habe. An sechs Terminen wurden 320 Personen geimpft, teilweise auch Angehörige von Mitarbeitenden. Diese Nachfragequote sei deutlich hinter dem im Dezember erklärten Interesse an diesem Angebot zurückgeblieben. Dies sei für die weiteren Planungen relevant, da offenbar der Bedarf für einen Lückenschluss in Regie des Arbeitgebers für den Verwaltungsbereich nicht mehr bestehe.

Der Regelungsbedarf für die Organisation der Arbeit im LVR ist nach Aussage von Herrn Limbach weiterhin hoch, da sich die Vorgaben laufend veränderten. Das gelte beispielsweise für die Regelungen zur Quarantäne oder die Hygienekonzepte. Besondere Aufmerksamkeit liege derzeit auf den Fragen zum Vollzug des § 20 a IfSG, der die einrichtungsbezogene Impfpflicht zum Inhalt habe. Diese betreffe den LVR in seinen Kliniken und dem HPH-Verbund. Als Arbeitgeber und Träger sei der LVR verpflichtet, am 15.03.2022 die Mitarbeitenden, die über keinen vollständigen Impfschutz verfügen, den örtlichen Gesundheitsämtern zu melden. Soweit diese kein individuelles Betretungsverbot aussprechen würden, gebe es für den Arbeitgeber LVR auch keine Handhabe, das ungeimpfte Personal ohne Entgeltfortzahlung vom Arbeitsprozess auszuschließen. In den kommenden Wochen werde es zu den Vollzugsfragen noch viele Diskussionen geben, da die kommunalen Gesundheitsämter über die kommunalen Spitzenverbände gegenüber Bund und Ländern bereits angezeigt hätten, diese Aufgabe nicht leisten zu können. Gleiches gelte für die Kontrolle von ärztlichen Bescheinigungen, die eine Kontraindikation bestätigen. Der LVR habe in den relevanten Gruppen der Mitarbeiterschaft intensiv für eine Impfung geworben. Derzeit ginge man davon aus, dass sich die Zahl der zum 15.03.2022 ungeimpften Mitarbeitenden auf unter 100 belaufen werde. Möglicherweise werde das neue Angebot des Impfstoffs Novavax einen Beitrag zur weiteren Durchimpfung leisten können.

In einem weiteren Aspekt seines mündlichen Berichts teilt Herr Limbach mit, dass der LVR ab dem 11.02.2022 an einem weiteren Projekt der HHU Düsseldorf am Lehrstuhl von Herrn Professor Süß teilnehmen werde, mit dem die Auswirkungen des erweiterten Arbeitens im Homeoffice vertieft untersucht werden sollen. Man erhoffe sich neben dem Austausch mit anderen Arbeitgebern weitere Erkenntnisse zu Organisationserfordernissen eines künftig dauerhaft verstärkten Arbeitens außerhalb des Büros.

Abschließend weist Herr Limbach darauf hin, dass mit dem Ziel der dauerhaften Ausdehnung des Arbeitszeitrahmens Verhandlungen mit dem Gesamtpersonalrat zur Dienstvereinbarung über die flexible Arbeitszeit aufgenommen werden sollen.

Auf Nachfrage von **Herrn Hermes** erklärt Herr Limbach, dass sich die genannte Zahl von unter 100 ungeimpften Mitarbeitenden auf die Bereiche Gesundheit, Pflege und Fallmanagement beziehe und sich das Bild beim LVR nicht so drastisch darstelle wie in anderen Ländern/Kommunen. Die von der unmittelbaren und mittelbaren einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffenen Mitarbeitenden seien schriftlich hierauf und auch auf die Folgen einer fehlenden Impfung hingewiesen worden.

Auf Bitten von **Herrn Klemm** sagt Herr Limbach zu, die angesprochene Dienstvereinbarung zum Mobilien Arbeiten nach deren Unterzeichnung auch der Politik zuzuleiten.

Er erläutert auf Bitten von Herrn Klemm zudem den Sachverhalt und den wesentlichen Inhalt eines Briefs des Gesamtpersonalrates an die Mitarbeitenden bzgl. der Arbeitszeitregelung an Karneval. Eine Mitbestimmungs- bzw. Beteiligungspflicht verneint **Herr Limbach** und weist darauf hin, dass das Thema heute vermutlich auch Gegenstand der Beratung im Verwaltungsvorstand sei.

## **Punkt 7** **Beschlusskontrolle**

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

**Punkt 8**  
**Verschiedenes**

**Herr Limbach** führt aus, dass der Tarifabschluss für die Beschäftigten des Landes wie angekündigt für die Beamten\*innen übernommen werde. Neben einer linearen Erhöhung der Bezüge zum 01.12.2022 um 2,8% werde auch den Beamten\*innen bis zum 31.03.2022 eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 € steuerfrei gewährt. Über das Tarifergebnis hinaus, werde die Kostendämpfungspauschale gestrichen und es seien Änderungen beim Familienzuschlag beabsichtigt.

Auf Nachfrage von **Herrn Joebges** bzw. **Frau Basten** bestätigt Herr Limbach, dass die mit den vorstehend beschriebenen Maßnahmen verbundenen Kosten nicht Bestandteil des Personalkostenbudgets und somit zu erwirtschaften seien. Die Corona-Sonderzahlung werde mit den Bezügen für März 2022 ausgezahlt.

Mechernich, den 21.02.2022

Der Vorsitzende

S c h m i t z

Köln, den 14.02.2022

Die Direktorin des Landschaftsverbandes  
Rheinland  
In Vertretung

L i m b a c h